

Heike Scharfenberger

Rede

der Vorsitzenden

der SPD-Stadtratsfraktion Ludwigshafen

zum

Haushalt 2011

am

21. Februar 2011

Sperrfrist: 21.02.2011 – 14.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Ludwigshafen – Heimat unserer Bürger

Mit den Bürgern für die Bürger

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtvorstandes,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nach den eingehenden Beratungen in den Ortsbeiräten, in den jeweiligen Fachausschüssen sowie im Hauptausschuss werden wir heute im Stadtrat den städtischen Haushalt für das laufende Jahr 2011 beschließen und verabschieden.

Wir bedanken uns an dieser Stelle ganz herzlich bei den Mitarbeitern der Kämmerei und der Fachdezernate, die unseren Nachfragen und Erläuterungswünschen zügig nachkamen. Durch diese Zusatzinformationen erhielt der Haushalt die für uns notwendige Transparenz.

Aus Sicht meiner Fraktion gab und gibt es keinen Spielraum für unkalkulierbare Experimente. Die gesamte Haushaltsituation der Stadt zwingt zu einem klaren und verantwortungsvollen Kurs für Ludwigshafen. Die SPD wird den bereits schon seit vielen Jahren eingeschlagenen Weg einer verantwortungsvollen Sparpolitik konsequent fortsetzen und gleichzeitig die Lebensadern der Stadt vital halten.

Sparen und dennoch Gestalten bleiben die Eckpfeiler unseres politischen Handelns.

Der Ergebnishaushalt 2011 weist mit der eingearbeiteten Änderungsliste wie in der Vorlage dargestellt, ein Defizit in Höhe von 74,4 Mio. Euro ohne und mit Abschreibungen in Höhe von 119,5 Mio. Euro aus. Ein Defizit, das wie wir alle wissen, strukturellen Einflüssen unterworfen ist, hauptsächlich auch durch die für die Kommunen negativen steuerlichen Aspekte seitens des Bundes und den permanent steigenden Lasten und Ausgaben in den verschiedenen Sozialbereichen: So bei den Ausgaben zum Lebensunterhalt, der Jugendhilfe, den Kosten für die Unterkunft, der Grundsicherung, alles gesetzliche Pflichtaufgaben und Ausgaben, ohne dass die Stadt dafür mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet wird.

Als Beispiel möchte ich hier die Kosten für die Unterkunft anführen. Hier mussten im Jahr 2009 ca. 35 Mio € aufgewendet werden, bei Zuschüssen des Bundes ergänzt durch Landeszuwendungen in Höhe von nur ca. 12,8 Mio €.

Auch unserer Kämmerer Herr Bürgermeister Zeiser hat bei der Einbringung des HH 2011 am 6. Dezember 2010 in seinen Ausführungen eingehend auf die Kosten – und Lastensituation mit den finanziellen negativen Auswirkungen für die Stadt hingewiesen. Ich gehe davon aus, auch sein Appell an die Gesetzgeber ist uns sicherlich allen noch in Erinnerung.

Ein Schritt in die richtige Richtung stellt für uns der „Kommunale Entschuldungsfond“ dar, der am 22. September 2010 mit den kommunalen Spitzenverbänden vertraglich vereinbart wurde. Zwei Drittel der zum Stichtag 31.12.2009 angesammelten Kassenkredite, knapp 3,1 Milliarden Euro, sollen in gemeinsamer Anstrengung getilgt werden. Für Ludwigshafen bedeutet dies eine echte Reduzierung der Schuldenlast von 408 Mio Euro.

Sehr geehrte Damen und Herren,

was Menschen bewegt, spielt sich zum überwiegenden Teil im Alltag vor Ort, also in den Städten und Gemeinden ab. In den Kommunen machen die Bürgerinnen und Bürger ihre praktischen Erfahrungen mit der Politik. Kommunalpolitik ist damit eine Basispolitik und eine tragenden Säule unseres Staates und unserer Demokratie.

Hier darf ich Petra Roth, die Frankfurter OB und Vorsitzende des Deutschen Städtetages zitieren. *„Stadtpolitik ist den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten. Die kommunale Selbstverwaltung, das Recht der Kommunen alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft selbst gestalten zu können ist ein hohes Gut. Sie fördert die Verantwortung der Menschen für das Gemeinwesen, in dem sie leben. Doch sie muss auch verteidigt werden.“*

Und sie fügte hinzu: *„Die Menschen vertrauen auf umfassende Angebote zur Daseinsvorsorge in den Städten, wie Kinderbetreuung, Schulen, Krankenhäuser und öffentlichen Nahverkehr. Die Städte, und im besonderen Maße finanzschwache Städte, brauchen deshalb eine aufgabengerechte Finanzausstattung um handlungsfähig zu bleiben.“*

Hierzu gehört auch der dauerhafte Erhalt der Gewerbesteuer, die immer wieder in Frage gestellt wird. Ich sage klar und deutlich, die Gewerbesteuer muss im Interesse der Stadt erhalten werden und man sollte in Berlin keine weiteren Gedanken hinsichtlich einer Abschaffung verschwenden. An die Bundesregierung gerichtet, das Motto muss heißen - Gewerbesteuer stärken – und Ende mit dem Hin und Her, dies schadet nur den Kommunen. Was wir in den Kommunen brauchen, ist eine klare Entscheidung zur Verbesserung ihrer Finanzausstattung. Und hier hilft auch nicht, wie ins Gespräch gebracht, die Einführung eines kommunalen Hebesatzrechtes bei der Einkommensteuer, was sich kontraproduktiv, gerade für Großstädte auswirken

würde. An dieser Stelle möchte ich auch gleich auf den Antrag der Grünen eingehen, die Gewerbesteuer anzuheben.

Herr Braun, man kann ja sagen „Alle Jahre wieder“ stellen sie den gleichen Antrag und alle Jahre wieder werden sie von uns die gleichen Gegenargumente anhören. Diese will ich nicht gebetsmühlenartig wiederholen. Allerdings möchte ich doch einen zusätzlichen Aspekt anführen: Im Rahmen der Haushaltsgenehmigung der ADD für das Jahr 2010 wurden auch genau zu diesem Aspekt Nachfragen gestellt. Nach der genauen Darstellung der Vereinbarung der Stadt Ludwigshafen mit der BASF stellte auch die ADD fest, dass die momentane Regelung mit der Beibehaltung des aktuellen Steuersatzes durchaus positiv für die Stadt ist.

Auch von einer immer wieder ins Gespräch gebrachten möglichen Einnahmeverbesserung durch die Privatisierung kommunaler Aufgaben sollte man abkommen. Unsere kommunalen Unternehmen haben eine besondere Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger und das Gemeinwohl in Ludwigshafen. Sie sind schon seit Jahrzehnten verlässliche Partner und qualifizierte Leistungsträger.

Gerade in der Finanzkrise hat es sich in anderen Städten und Kommunen als Fehler erwiesen, städtische Verkehrsbetriebe oder gar Stadtwerke bzw. kommunale Energieunternehmen an am „Shareholder Value“ verpflichtete Firmen zu verkaufen, oder Wohnungsunternehmen den „Investment Trusts“ auszuliefern.

Wer jetzt von Privatisierung spricht, untergräbt die solidarische Gestaltungsfähigkeit der Kommune. Öffentliche Dienstleistungen sind für unsere Stadt eine wichtige Daseinsvorsorge und unverzichtbar.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Haushalt für das Jahr 2011 wird eine erneute aber notwendige Sparrunde eingeläutet. Es ist zwar wieder eine Besserung der Einnahmen für unsere Stadt zu erwarten, aber dem stehen Lasten aus den enormen Kosten der Pflichtaufgaben der Stadt und Schuldzinsen gegenüber. Sozialausgaben und die vorzuhaltende Infrastruktur, die Ludwigshafen als Oberzentrum der Region kennzeichnen, bilden dabei die größten Posten. Verkehrsstraßen, Schulen, Kindertagesstätten sowie Kultur- und Gesundheitseinrichtungen sind teuer im Unterhalt und werden nicht nur von Einwohnern der Stadt genutzt. Hier gilt unsere Forderung, weitere Gespräche über eine entsprechende Beteiligung mit dem Kreis und den umliegenden Gemeinden zu führen. Wir wissen, dies ist ein schwieriges Thema, dennoch sollte man die Hoffnung nicht aufgeben.

Der Haushalt 2011 ist geprägt von ca. 90 % zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und nur ca. 10% für die sogenannten freiwilligen Leistungen. Das ist eine für uns und unsere Stadt leider unerfreuliche Realität. Sie bietet ganz wenig Freiraum für politisches Handeln, für große Zukunftsentwürfe mit eigenen Mitteln ganz zu

schweigen. Wie sagt man bei uns, wir sind gezwungen von der Hand in den Mund zu leben.

Wir haben das ganze Jahr über, auch im Vorfeld und im Rahmen der Haushaltsberatungen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Institutionen Gespräche geführt, gemäß der Maxime **„Ludwigshafen – Heimat unserer Bürger, mit den Bürgern für die Bürger“**

Es hat sich gezeigt, man steht zu unserer Stadt und ist auch bereit, sich ehrenamtlich in und für unsere Stadt einzusetzen und einzubringen. Im Gegenzug dazu erwartet man aber auch eine entsprechende Wertschätzung und Hilfen seitens der Stadt, wenn es notwendig ist, dies sowohl in ideeller, als auch in machbarer und vertretbarer finanzieller Form. Die SPD schätzt das Ehrenamt schon immer als einen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag in eigener Verantwortung. Müsste der Staat bzw. seine Gliederungen, wie auch unsere Stadt diese Aufgaben übernehmen, sehe man sich sicherlich außer Stande, diese zu erfüllen, sowohl in personeller und finanzieller Hinsicht.

Auch in finanziell schwierigen Zeiten bekennen wir uns ausdrücklich zu den Leistungen der Vereine, Institutionen und des gesamten Ehrenamts. Unser Ziel war und wird es auch künftig sein, die kommunale Förderung auf einem Niveau zu halten, die den Vereinen und Ehrenamtlichen Planungssicherheit für ihre weitere Arbeit gibt. Deshalb war es für uns bei den Beratungen auch wichtig, dass wir die Vereinsförderung auf dem Stand der Vorjahre halten konnten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Investitionen in unsere Kinder und Jugendliche sind Investitionen in die Zukunft. Dieser Grundgedanke prägt unseren Haushalt. Investitionen in Kindergärten und Schulen bilden also folgerichtig den Schwerpunkt unserer Vorhaben, denn die Kindertagesstätten und Schulen dienen mit als wesentlicher Standortfaktor für die Ansiedlung von Betrieben und auch für die Ansiedlung von finanzstarken Einkommenschichten der Bevölkerung, auf die wir dringend angewiesen sind.

Angesichts der demografischen Lage unseres Landes und der sich zuspitzenden sozialen Schieflage sind diese Investitionen dringend geboten, um uns für die Zukunft wieder als führender Bildungsstandort zu etablieren und sozialen Verwerfungen präventiv zu begegnen.

Wir investieren in diesem Jahr 3,8 Mio. Euro in den Ausbau unserer Kindertagesstätten. Auch mit den kirchlichen Trägern unserer konfessionellen Kindergärten konnte eine für die Stadt Ludwigshafen positive Lösung gefunden werden. Gemeinsam mit der GAG können auch hier die notwendigen Umbauten ausgeführt werden.

Zusammen mit den vom Landtag beschlossenen beitragsfreien Kindergartenjahren haben wir damit eine optimale flächendeckende Versorgung unserer kleinsten

Kinder. Das Schlagwort „Bildung von Anfang an“ findet hier vor Ort seine praktische Umsetzung. Und letztlich ist eine gute Bildung auch die wichtigste Schlüsselfunktion für Integration und Migration.

Aber auch für die größeren Kinder setzen wir uns ein. Für die Schulen haben wir für dieses Jahr drei große Projekte in der Verwirklichung:

Georgensschule, Erich-Kästner-Schule und Mensabau an der Bliesschule

Die Georgensschule konnte durch die Unterstützung aus dem Konjunkturpaket II endlich in Angriff genommen werden. Hier investieren wir allein 793.500 € bei einer Gesamtinvestition von 8,25 Mio. €. Die Erich-Kästner-Schule wird in Etappen umgebaut. In diesem Jahr sind 1,0 Mio € vorgesehen und über die Jahre hinweg werden wir eine Gesamtinvestition von 11,1 Mio € benötigen. Über drei Jahre mussten die Kinder der Ganztagschule Bliesschule in einem Provisorium ihr Mittagessen einnehmen. Endlich konnte in diesem Jahr der Neubau der Mensa gestartet werden.

Diese Ausgaben tragen wir uneingeschränkt mit und werden keine Abstriche zulassen. Dies ist sicherlich eine hohe Belastung für unseren Haushalt; aber durch die energetische Sanierung werden wir auf die Zukunft gerichtet hier wieder Einsparungen erzielen.

Weitere Herausforderungen warten in den künftigen Jahren gerade im Schulbereich auf uns. Wir können jetzt in Ludwigshafen alle Schulformen anbieten; das jüngste Kind wird das G8 am Heinrich-Böll- Gymnasium sein. Gerade Ganztagschulen sind wichtig für die Zukunft. Hier werden wir als Stadt auch weiter gefordert sein den Lückenschluss in der Versorgung zu den Kindergärten zu erreichen.

Ein weiteres Ziel bleibt es, langfristig jede Schule, gleich welcher Art, in ausgeglichener Kostenträgerschaft von Bund, Land und Kommune mit einem Schulsozialarbeiter auszustatten. Dies trägt Früchte in zwei Richtungen: Die individuellen Chancen der jungen Menschen werden entscheidend verbessert und hohe künftige Kosten durch etwaige Fehlentwicklungen werden vermieden.

Über alles hinweg liegen aber die hohen Kosten für den Brandschutz. Diese belaufen sich allein bei den Schulen auf 4,6 Mio €. Nicht falsch verstehen: Sicherheit ist wichtig und es muss auch alles getan werden, damit im Falle eines Unglücks eine möglichst große Sicherheit besteht. Aber man muss auch sehen wie viel Geld da hineinfließt, das dann für andere Investitionen fehlt.

Zum erfolgreichen Strukturwandel einer Stadt gehört die Sicherung der Mobilität für alle Menschen, die hier wohnen und arbeiten. Um die Erreichbarkeit der Region auch in Zukunft zu sichern und gleichzeitig die Beeinträchtigung der Bürgerinnen und Bürger durch den Verkehr so gering wie möglich zu halten, müssen sich alle Verkehrsarten also der KFZ-Verkehr, der Öffentlicher Personennahverkehr, der Radverkehr sowie der Fußgängerverkehr ergänzen.

Gerade in unserer Heimatstadt Ludwigshafen sowie dem gesamten Ballungsgebiet Rhein-Neckar ist ein attraktiver und leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr zur Mobilitätssicherung der Menschen unabdingbar. Tagtäglich nutzen Tausende von Kunden die Busse und Bahnen der Nahverkehrsunternehmen. Und obwohl dieses Angebot hoch defizitär ist, müssen wir an ihm festhalten.

Wir begrüßen auch ausdrücklich, dass in diesem Jahr die wichtige Knotenpunkt - Haltestelle im Rathaus behindertengerecht ausgebaut wird. Die Erschließung der beiden Bahnsteige soll über je einen Fahrstuhl erfolgen. Die Planung sieht vor, pro Bahnsteig die jeweils aufwärtsfahrende Rolltreppe auszubauen und durch einen Fahrstuhl zu ersetzen. Die Maßnahme soll sowohl aus Nahverkehrsmitteln, aus VBL-Mitteln und aus Zuschüssen vom Land finanziert werden. Die entsprechenden Anträge sind gestellt und die Nutzung der Fahrstühle dürfte für Ende 2011 bzw. Anfang 2012 realistisch sein.

Aber auch unsere Straßen benötigen enorme finanzielle Anstrengungen. Es fließen in diesem Jahr allein 7,2 Mio. Euro in Tiefbau- und Straßenausbaumaßnahmen und rund 5,5 Mio. Euro in das Straßenausbauprogramm. Zusätzlich haben zwei strenge Winter mit langen Frost-Tau-Wechseln dazu geführt, dass die veranschlagten Gelder nicht ausreichen, um Fahrbahndecken instand zu setzen. Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, dass 500 T€ zusätzlich für Straßeninstandsetzung eingeplant wurden.

Eine immens wichtige Verkehrsverbindung wird uns aber aufgrund der notwendigen Sanierung die nächsten Jahre sowohl finanziell wie auch verkehrstechnisch stark belasten. Die Hochstraße Nord ist in einem besorgniserregenden Zustand, der bereits eine Teilspernung für LKWs und das Anbringen von Netzen notwendig machte. Im Haushalt sind zwar Untersuchungs- bzw. Planungsansätze veranschlagt. Aber solange es kein mit Bund und Land abgestimmtes Konzept und keine klaren Zuschusszusagen und Zeitachsen gibt, wäre jede Zahl im Haushalt ungesichert. Dabei benötigen wir möglichst schnell eine entsprechende Zusage. Der Bundesverkehrsminister merkte an,(ich zitiere) „dass diese in der Baulast der Stadt liegt“, aber er wies auch auf die Tatsache hin dass sie sich „im Zuge einer Bundesstraße“ befindet. Nun könnte man sicherlich die damalige Entscheidung des Stadtrates kritisieren, diese Straße in eigene Trägerschaft zu übernehmen. Aber Jeder steht in seiner Zeit und zu diesem Zeitpunkt waren die Gründe für einen möglichst geringen Abstand zur Bebauung sicherlich nachvollziehbar. Wenn wir jetzt die Gelder gegenrechnen, die der Bund aufgrund dieser Einstufung all die Jahre – ca. 30 Jahre - gespart hat, so sehe ich hier eine klare Verantwortung mit einer größeren Summe aus Bundesfördermitteln die Sanierung zu fördern. Denn ich denke die überregionale Bedeutung der Hochstraße wird schon alleine deutlich durch die tägliche Belastung mit 500 Lkw-Fahrten und 40.000 Kraftfahrzeugen.

Meine Damen und Herren,

ein besonders wichtiges Programm für eine Stadt mit unserer Sozialstruktur ist das Programm Soziale Stadt. Soziale Stadt lebt vom Zusammenwirken baulich-investiver Maßnahmen in Wohnungen, Wohnumfeld und Infrastruktur und sozialintegrativen

Maßnahmen wie Nachbarschaftstreffs, Hausaufgabenhilfe und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche. Soziale Stadt ist ein wesentlicher Baustein der „Integration vor Ort“ des nationalen Integrationsplans, denn gerade wenn der Arbeitsmarkt als Integrationsinstrument immer weniger funktioniert, wird das Quartier zum geeigneten Ort für niedrigschwellige Beteiligungsangebote z.B. an den Schulen.

Mit dem ressortübergreifenden Ansatz ist es gelungen, auch Fördermittel anderer Ressorts in soziale Brennpunkte zu lenken (z.B. mit dem Programm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend).

Wenn Soziale Stadt als Klammer zur Bündelung wegfällt, insbesondere aber das Quartiersmanagement als zentrale Anlaufstelle und Steuerungsinstanz vor Ort fehlt, wird dieser erfolgreiche sozialraumorientierte Ansatz zunichte gemacht. Jetzt soll um 70% gekürzt werden. Das Förderprogramm 2011 umfasst nur noch 28,5 Millionen Euro – gegenüber 95 Millionen Euro 2010. Union und FDP haben zudem beschlossen, das Programm „weit überwiegend für investive Maßnahmen ein(zu)setzen“. Damit ist auch die nachhaltige durchweg positive Entwicklung dieser Projekte gefährdet. Wir hoffen, dass hier noch ein Umdenkungsprozess stattfindet.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

Stadtpolitik stellt uns heute vor die schwierige Aufgabe eine Balance zu finden. Lassen sie mich hier ein gerne benutztes Bild bemühen:

Große und damit auch teure Vorzeigeprojekte werden oft und gerne als Leuchttürme bezeichnet. Doch bei zu vielen Leuchttürmen auf engem Raum verlieren selbst die besten Kapitäne die Orientierung.

Und letztlich sollen die Leuchttürme ja auch den Weg weisen hin zu den Gebieten, in denen die Menschen wohnen.

Wir müssen uns also bemühen eine Balance zu finden zwischen den sogenannten Leuchttürmen, die eine Stadt unzweifelhaft braucht, und der unbedingt notwendigen essentielle Daseinsvorsorge, die jedem ein Dach über dem Kopf und sein täglich Brot bieten muss.

Also die Aufgabe muss es sein bei der Aufwertung der Innenstadt mit großen Vorzeigeprojekten wie dem Rheincenter und der wichtigen Rheinuferentwicklung – als Stichwort möchte ich hier nur die dringend notwendige Beschäftigung mit dem Gelben Haus erwähnen – also neben der Innenstadt die Stadtteile, in denen die Menschen leben und auch ihre Freizeit verbringen, nicht zu vergessen;

oder die Aufgabe bei der Ansiedlung von großen Betrieben wie Vögele auch unsere mittelständischen Betriebe zu fördern, die wichtige Arbeits- und vor allem auch Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen;

oder auch die Aufgabe neue qualitativ ansprechende Wohngebiete zu realisieren wie z.B. am Rheinufer und auf der anderen Seite aber auch die Altbausanierungen mit nachhaltigen Energiekonzepten weiter zu fördern und umzusetzen. Bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen in Ludwigshafen muss unser Ziel bleiben;

oder als letztes Beispiel im Bereich der Kultur sowohl die großen Vorzeigeprojekte wie das Theater im Pfalzbau oder das Wilhelm Hack Museum zu fördern, als auch

die Kultur vor Ort in den Stadtteilen, die von ehrenamtlich engagierten Menschen mit viel Einsatz betrieben wird, zu unterstützen.

Diese Liste könnte man noch unendlich weiterführen. Wir müssen uns also immer geschickt zwischen den beiden Polen bewegen, um eine Balance zu erreichen. Denn eine ausgewogene Sozialstruktur ist die Voraussetzung für eine funktionierende Stadtgesellschaft.

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren,

die SPD-Fraktion bedankt sich bei den vielen Ludwigshafener Institutionen, Initiativen, Vereinen, Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihr Engagement und ihre Anregungen die Stadt unterstützen.

Ein herzliches Wort des Dankes gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, der kommunalen Betriebe und Gesellschaften für ihre engagierte und kompetente Arbeit zum Wohle Ludwigshafens.

Ein besonderes Dankeschön unserem Stadtkämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit am Haushalt 2011.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden Haushalt 2011 mit der Änderungsliste zustimmen.

Zustimmen, weil er die Herausforderungen der schwierigen finanziellen Lage annimmt, die Pflichtaufgaben erfüllt, in seinen Ansätzen die erforderlichen Konsolidierungsbemühungen angeht und die notwendigen Zukunftsinvestitionen nicht vernachlässigt.

Denn Zukunftsgestaltung ist nur möglich als Einklang von Haushaltskonsolidierung und Investitionen in die Zukunft unserer Stadt.

Ich schließe mit Willy Brandt, der uns empfahl:

„Besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Vielen Dank!